

USA verhängen Sanktionen gegen Sudan wegen chemischer Waffen

Die USA verhängen Sanktionen gegen Sudan aufgrund des Einsatzes chemischer Waffen im Konflikt mit paramilitärischen Kräften. Das Sudanese Militär weist die Vorwürfe zurück.



(Reuters) - Die Vereinigten Staaten haben am Donnerstag angekündigt, Sanktionen gegen Sudan zu verhängen, nachdem festgestellt wurde, dass die Regierung chemische Waffen im Jahr 2024 während des Konflikts zwischen der Armee und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) eingesetzt hat. Dies wurde von der Armee bestritten.

Details zu den Sanktionen

Die Maßnahmen gegen Sudan umfassen Beschränkungen bei US-

Exportunternehmen und US-Regierungskrediten, die voraussichtlich um den 6. Juni in Kraft treten werden, nachdem der Kongress am Donnerstag informiert wurde, wie die Sprecherin des Außenministeriums, Tammy Bruce, in einer Erklärung mitteilte.

Forderungen und Reaktionen

„Die Vereinigten Staaten rufen die Regierung Sudans auf, jeglichen Einsatz chemischer Waffen zu beenden und ihren Verpflichtungen gemäß dem Übereinkommen über chemische Waffen (CWC) nachzukommen“, erklärte Bruce in ihrer Mitteilung.

In einer Stellungnahme wies Sudans Regierung die Vorwürfe zurück und bezeichnete sie als falsch. Khalid al-Eisir, der Sprecher der Regierung, erklärte am Freitag: „Diese Einmischung, die jeder moralischen oder rechtlichen Grundlage entbehrt, entzieht Washington das, was von seiner Glaubwürdigkeit übrig ist, und schließt die Tür zu jeglichem Einfluss in Sudan.“

Der Konflikt in Sudan

Der Krieg in Sudan brach im April 2023 aus einem Machtkampf zwischen der Armee und den RSF aus. Dies führte zu Wellen ethnischer Gewalt, schuf die schlimmste humanitäre Krise der Welt und versetzte mehrere Regionen in den Hunger. Zehntausende Menschen wurden getötet und etwa 13 Millionen Menschen wurden vertrieben.

Washington hatte im Januar Sanktionen gegen den Armeechef Abdel Fattah al-Burhan verhängt und ihn beschuldigt, den Krieg anstelle von Verhandlungen gewählt zu haben, um den Konflikt zu beenden.

Vorwürfe gegen die RSF

Die USA haben außerdem festgestellt, dass Mitglieder der RSF und verbündeter Milizen **Völkermord** begangen haben. Sanktionen wurden gegen einige Führer dieser Gruppe verhängt, darunter der RSF-Anführer General Mohamed Hamdan Dagalo, bekannt als Hemedti.

Die New York Times berichtete im Januar, dass die sudanesischc Armee in mindestens zwei Fällen während des Konflikts chemische Waffen eingesetzt habe, darunter den Einsatz von Chlor, das bleibende Schäden am menschlichen Gewebe verursachen kann.

Offizielle Bestätigungen und internationale Reaktionen

In ihrer Erklärung gab Bruce an, dass die USA am 24. April formell gemäß dem Gesetz über die Kontrolle und Elimination chemischer und biologischer Waffen von 1991 entschieden haben, dass die Regierung Sudans im vergangenen Jahr chemische Waffen eingesetzt hat. Sie spezifizierte jedoch nicht, welche Waffen verwendet wurden oder wo und wann.

„Die Vereinigten Staaten sind voll und ganz entschlossen, diejenigen verantwortlich zu machen, die zur Verbreitung chemischer Waffen beitragen“, fügte Bruce hinzu.

Ein diplomatischer Quelle aus Sudan äußerte, dass die Absicht hinter den Sanktionen darin bestehe, von der jüngsten Kampagne im Kongress gegen die VAE abzulenken. Die Quelle behauptete, die USA hätten die Möglichkeit gehabt, die Organisation für das Verbot chemischer Waffen zur Untersuchung der Vorwürfe einzuschalten, jedoch versäumt, dies zu tun.

Diplomatische Beziehungen und Vorwürfe

Die sudanesischc Regierung steht in enger Verbindung mit der

Armee und brach in diesem Monat die diplomatischen **Beziehungen zur VAE** ab. Dies geschah, nachdem sie erklärte, dass die Golfmacht die RSF mit moderner Waffentechnologie im verheerenden Konflikt unterstütze, der nach Uneinigkeiten über die Integration der beiden Kräfte ausgebrochen war.

Die VAE wies diese Vorwürfe zurück und erklärt, dass sie humanitäre und Friedensbemühungen unterstütze.

Die US-Demokraten im Kongress versuchten am Donnerstag, Rüstungsexporte an die Vereinigten Arabischen Emirate aufgrund ihrer mutmaßlichen Rolle im Krieg zu blockieren.

In dieser Woche gab Sudan bekannt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate für einen Angriff auf Port Sudan verantwortlich seien und beschuldigte den Golfstaat erstmals einer direkten militärischen Intervention im Krieg. Die VAE wiesen diese Vorwürfe in einer Stellungnahme zurück und verurteilten den Angriff.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at